



© LEFTVISION

Franziskaner fordern:

»Stoppt



Jürgen Neitzert OFM und Markus Fuhrmann OFM

Am 6. Mai startete in Berlin die bundesweite Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«. Die »Provinzleitung und die Kommission Gerechtigkeit – Frieden und Bewahrung der Schöpfung (GFBS) der Deutschen Franziskanerprovinz« sind eine von zehn Trägerorganisationen der Kampagne, die ein Ende deutscher Rüstungsexporte fordern. In unserem aktuellen Interview sprechen die Franziskaner Markus Fuhrmann OFM und Jürgen Neitzert OFM über die Hintergründe der Initiative.

Bruder Jürgen, warum startet diese Kampagne gerade jetzt?

Jürgen Neitzert: Die deutschen Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren massiv erhöht. Jahrelang stand Deutschland hinter den USA, Russland, Frankreich und Großbritannien auf Platz fünf, aber mittlerweile belegen wir unter den Rüstungsexporturen weltweit den dritten Platz! Das war der Anstoß zu sagen: Wir müssen endlich wieder etwas dagegen tun! Schon seit den 80er Jahren waren wir Franziskaner an der Kampagne »Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen« beteiligt. So steht die Entscheidung, uns wieder stärker in diesem Themenfeld zu engagieren in einer guten Tradition.

Markus Fuhrmann: Es gab eine lange Diskussion darüber, wie diese neue Kampagne heißen soll. Wir haben uns nun gemeinsam für »Aktion Aufschrei« entschieden, um die Empörung darüber auszudrücken, dass Deutschlands Geschäfte mit Krieg, Waffen und Tod sogar noch zugenommen haben. Aber es kommt noch mehr dazu: In den Ländern, die Rüstungsgüter importieren, werden Mittel gebunden, die dann nicht mehr für andere Dinge wie Bildung oder Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen. Dabei sind diese Geschäfte ja oft ein weiterer Schritt der Umverteilung von Arm zu Reich. Außerdem verhindern Waffenexporte andere Konfliktlösungsmöglichkeiten. Und schließlich werden dadurch zahlreiche Menschen aus Kriegsgebieten zu Flüchtlingen, die dann an unseren Grenzen abgewiesen werden.

Jürgen Neitzert: Ein Beispiel dafür ist aktuell Libyen. Dorthin hat Daimler-Benz vor einem Jahr riesige Panzertransporter geliefert, mit denen schwere Kampfpanzer überhaupt erst zu den Einsatzorten transportiert und die jetzt im Kampf gegen die Rebellen eingesetzt werden.

Gibt es für Sie auch einen persönlichen Impuls, sich für diese Kampagne einzusetzen?

Jürgen Neitzert: Ich habe mich schon 1984 in der Kampagne »Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!« engagiert. Damals haben wir Franziskaner zusammen mit Pax Christi versucht, die Kampagne auch in der katholischen Kirche zu verankern. Wir haben seinerzeit festgestellt, dass die Türkei viele Rüstungsgüter aus Deutschland bezog. Das wurde im Laufe der Zeit mein Schwerpunkt. 1994 war ich mit einer Delegation in der Türkei und habe gesehen, wie die türkische Armee im Südosten des Landes kurdische Dörfer mit Panzern aus alten NVA-Beständen geräumt hat. Davon habe ich Fotos gemacht, die wir dem Auswärtigen Amt übergeben haben. Später haben wir begonnen, humanitäre Projekte für vertriebene Kurden durchzuführen. Das Auswärtige Amt hat diese Projekte finanziell unterstützt, vielleicht auch weil klar war, dass diese Menschen mit deutschen Waffen aus ihrer Heimat vertrieben worden waren.

Was hat die Kampagne damals bewirkt und was haben Beteiligte daraus für die aktuelle Initiative gelernt?

Jürgen Neitzert: Die Kampagne war seinerzeit stark auf Basisarbeit ausgelegt. Es ging darum, das Thema Rüstungsexport überhaupt ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Durch öffentliche Aktionen und Druck auf die Entscheidungsträger in der Politik ist es damals in einigen Fällen gelungen, einzelne Rüstungsexportvorhaben zu verhindern. Zudem: Der Rüstungsexportbericht, den die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (eine gemeinsame Kommission der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland) seit 1997 einmal jährlich vorlegt und der eine wichtige Faktenbasis darstellt, ist aus der Arbeit dieser Kampagne hervorgegangen.

den Waffenhandel«

Markus Fuhrmann: Die jetzige Kampagne ist insgesamt breiter angelegt, auch weil sie sich das Ziel setzt, eine Änderung im Grundgesetz zu erreichen. Wir wollen damit klar machen, dass wir so etwas wie Rüstungsexporte grundsätzlich ablehnen. Und wir wollen mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne klarstellen, was Rüstungsexporte bewirken – Opfer nämlich – und wer davon profitiert – nämlich Täter. Daher das Motto: »Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht«.

Ist das Ziel, eine Änderung des Grundgesetzes zu bewirken, denn realistisch?

Markus Fuhrmann: Ich bin nicht sicher, ob es gelingen wird, die von uns vorgeschlagene Gesetzesformulierung zu erwirken. Sie besagt, dass Kriegswaffen und Rüstungsgüter grundsätzlich nicht exportiert werden dürfen, es aber Ausnahmen gibt. Diese müssten in einem Rüstungsexportgesetz geregelt werden. Momentan ist es so, dass die Bundesregierung und nachgeordnete Behörden für die Genehmigungen verantwortlich sind. Der Bundestag und die Öffentlichkeit werden nicht beteiligt. Genau dies muss sich ändern! Aus Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern wissen wir, dass immer dann, wenn ein beabsichtigter Waffenexport frühzeitig bekannt und öffentlich diskutiert wird, dieses Geschäft meist nicht realisiert wird. Wenn wir also eine grundsätzliche Transparenz und jeweils eine öffentliche Beschäftigung des Bundestages mit anstehenden Waffenexportvorhaben erreichen würden, wäre dies schon ein sehr großer Fortschritt gegenüber der gegenwärtigen Geheimhaltungspraxis mit der ja auch die parlamentarische Demokratie beschädigt wird.

Woran liegt es, dass die Kirchen und kirchliche Organisationen sich zum Thema Rüstungsexporte schon immer sehr klar positioniert haben?

Jürgen Neitzert: Weil die Kirchen weltweite Institutionen sind mit vielen Mitgliedern in den Ländern des Südens, wo die meisten Opfer von Waffenexporten leben. Durch die vielen intensiven Kontakte erfahren wir oft unmittelbar von den Folgen deutscher Waffenexporte. Ein Beispiel ist der Sudan: Hier hat die Firma Fritz Werner in einer Munitionsfabrik bei Khartum noch bis 1994 Munition für deutsche G3-Sturmgewehre produziert. Diese wurden in dem dort jahrzehntelang herrschenden Bürgerkrieg eingesetzt und wahrscheinlich bis heute noch benutzt. Den Schwestern und Brüdern im Sudan helfen wir vielleicht am meisten, wenn wir solche Geschäfte, die ja immer auf ihre Kosten gehen, verhindern.

Bruder Markus, was entgegnen Sie, wenn jemand sagt: »Wenn wir die Waffen nicht liefern, macht es ein anderes Land.«

Markus Fuhrmann: Das mag sein, aber moralisch oder ethisch betrachtet ist es sehr wohl ein Unterschied, ob wir den Tod liefern oder andere. Man ist entweder Mittäter oder nicht.

Jürgen Neitzert: Hinzu kommt, dass der Rüstungsmarkt nicht nur von der Nachfrage sondern auch stark vom Angebot geprägt ist. Wenn also Deutschland keine Rüstungsgüter mehr exportieren würde, würden diese keineswegs vollständig ersetzt. Zudem hat Deutschland als einflussreicher Staat beispielsweise über die EU gute Möglichkeiten seine Partner für eine wirklich restriktive Rüstungsexportpolitik zu gewinnen.

Ein anderes Argument, das von Befürwortern solcher Exporte gerne kommt, sind die Arbeitsplätze in Deutschland. Wie sieht es damit aus?

Jürgen Neitzert: Die Zahl der Arbeitsplätze in der deutschen Rüstungsindustrie liegt insgesamt bei ca. 80.000, davon sind vielleicht 30.000 vom Export abhängig, was weniger als 0,1 Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland entspricht. In einem wirtschaftlich so starken Land wie Deutschland dürfte es kaum ein Problem darstellen, für die betroffenen Arbeitnehmer alternative Arbeitsplätze zu finden.

Markus Fuhrmann: Und selbst wenn hier Arbeitsplätze verloren gehen würden – ich kenne die genauen Zahlen nicht – steht das nach meiner Meinung nicht im Verhältnis zu den Menschenleben, die es anderswo kostet. ■

FRAGEN: ANDRE MADAUS/THOMAS MEINHARDT



**Stoppt den
Waffenhandel!**

Mitmachen!

Wenn Sie gegen deutsche Rüstungsexporte votieren wollen, können Sie auf www.aufschrei-waffenhandel.de die Petition der Kampagne online unterschreiben. Dort können Sie auch Unterschriftenlisten bestellen oder sich mit anderen Menschen zusammenschließen, um Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Mahnwachen zu organisieren.

Weitere Informationen und Kontaktadressen erhalten Sie auch:

Kommission GFBS der Deutschen Franziskanerprovinz,
c/o Gemeinschaft der Franziskaner,
Markus Fuhrmann OFM/Jürgen Neitzert OFM,
Burgstraße 61, 51103 Köln,
Tel.: 0221 8744 29, markus.fuhrmann@franziskaner.de,
oder Pax Christi – Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3,
10117 Berlin, Tel.: 030 2 00 76 78-0, sekretariat@paxchristi.de